



Motion der SVP-Fraktion

betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25)

(Vorlage Nr. 2760.1 – 15466)

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 12. September 2017

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP-Fraktion hat am 11. Juni 2017 eine Motion betreffend Aufhebung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25) eingereicht. Der Kantonsrat überwies den Vorstoss am 29. Juni 2017 an den Regierungsrat zur Beantwortung. Der Regierungsrat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

A. In Kürze

Der Regierungsrat spricht sich für eine Beibehaltung des Kantonsratsbeschlusses über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte aus. Die Information und Beratung von Ausländerinnen und Ausländern ist gemäss Ausländergesetz eine öffentliche Aufgabe, welche der Kanton Zug und seine Gemeinden weitgehend an den Verein für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden ausgelagert haben. Die entsprechenden Dienstleistungen erbringt die Fachstelle Migration dieses Vereins seit Jahren in guter Qualität. Diese Regelung entspricht auch jenen in anderen Deutschschweizer Kantonen. Der Kanton Zug mit seinem hohen Anteil an Ausländerinnen und Ausländern, wovon die grosse Mehrheit erwerbstätig ist, ist in diesem Bereich auf professionelle Dienstleistungen angewiesen. Deshalb lehnt er die entsprechende Motion ab.

B. Statistische Angaben

Aktuell leben 34 160 Personen ausländischer Nationalität im Kanton Zug; dies entspricht einem Anteil von 27,6 Prozent. Gemäss der Statistik des Kantons Zug sind in den Jahren 2015 und 2016 je über 3000 Menschen aus dem Ausland in den Kanton Zug gezogen und über 2000 haben ihn ins Ausland verlassen. Seit Jahren ist eine entsprechend intensive Migration festzustellen, die im Wesentlichen eine Arbeitsmigration ist, da die meisten zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz bzw. im Kanton Zug arbeiten. Sie fordert sowohl die Verwaltung und die Behörden, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber als auch die ausländischen Arbeitskräfte, die oft aus völlig anderen Kulturen in die Schweiz bzw. in den Kanton Zug ziehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass von den im Referenzjahr 2015 im Kanton Zug wohnhaften rund 27 000 Ausländerinnen und Ausländern im sogenannten Erwerbsalter ab 15 Jahren deren ca. 20 000 erwerbstätig, d.h. angestellt oder selbständig tätig sind.

Integration ist ein dynamischer und gesamtgesellschaftlicher Dauerprozess, welcher sowohl die ausländische als auch die schweizerische Bevölkerung einbezieht. Sie will das friedliche Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung erhalten. Die Integration Zugewanderter ist am erfolgreichsten, wenn diese Zugang zur Erwerbsarbeit und zu Vereinen haben. Der Bund und die Kantone unterstützen dies seit 2014 mit spezifischen Integrationsprogrammen. Auch der Kanton Zug kennt ein solches Integrationsprogramm (KIP), das zu 50 Prozent vom Bund finanziert wird. Dieses Programm wird von der Direktion des Innern betreut.

C. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Information von Ausländerinnen und Ausländern über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz ist, entgegen der Auffassung der Motionärin, eine Staatsaufgabe. Gemäss Art. 56 des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG; SR 142.20) sorgen Bund, Kantone und Gemeinden einerseits für eine angemessene Information über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, insbesondere ihre Rechte und Pflichten und weisen diese auf bestehende Angebote zur Integrationsförderung hin. In Art. 2 der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA; SR 142.205) wird als Ziel der Integration die chancengleiche Teilhabe der Ausländerinnen und Ausländer an der schweizerischen Gesellschaft festgeschrieben. Integration wird dabei als Querschnittsaufgabe definiert, welche Behörden zusammen mit nicht-staatlichen Organisationen, Sozialpartnern und Ausländerorganisationen wahrzunehmen haben. Gemäss VIntA hat die Integration über die Regelstrukturen zu erfolgen, wobei die Verordnung die Bereiche Schule, Berufsbildung, Arbeitswelt, soziale Sicherheit sowie Gesundheitswesen auflistet. Diesem Grundsatz folgen auch die Aktivitäten und Angebote im Kanton Zug.

Der Kanton Zug behandelt Integrationsvorlagen innerhalb der Verwaltung der Abteilung Generationen und Gesellschaft des kantonalen Sozialamts der Direktion des Innern. Diese ist gegenüber dem Bund kantonale Ansprechstelle für Integrationsfragen und hat einen Informationsauftrag gegenüber Behörden und Organisationen. Die Kantonale Fachstelle Integration hat aber keine Aufgaben im Bereich Beratung von Ausländerinnen und Ausländern.

Es gibt also keine kantonale oder kommunale Informations- bzw. Beratungsstelle für Ausländerinnen und Ausländer. Diese Aufgabe wird im Bereich der Beratung von ausländischen Arbeitskräften durch die Fachstelle Migration Zug (FMZ) des Vereins für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden durch spezialisierte private Dritte wahrgenommen. Für die Förderung solcher Integrationsangebote besteht ebenfalls seit Jahrzehnten eine eigene Rechtsgrundlage, nämlich der Kantonsratsbeschluss über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte (BGS 834.25), welcher gemäss dem Motionsbegehren ersatzlos aufgehoben werden soll. Gleichzeitig wird aber von Ausländerinnen und Ausländern verlangt, dass sie sich möglichst schnell integrieren und sich über ihre Rechte und Pflichten informieren.

D. Zuger Modell seit 1966

Der Kanton Zug fördert die Beratung von Ausländerinnen und Ausländern durch private Institutionen schon seit dem 7. Juli 1966. Damals erliess der Kantonsrat den Beschluss über die Unterstützung von Institutionen zur Betreuung ausländischer Arbeitskräfte. Dabei handelte es sich um eine «Kann-Bestimmung». Im Rahmen der Zuger Staatsaufgabenreform (STAR) in den Jahren 2006 und 2007 wurde eine Aufhebung des Beschlusses bereits einmal diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass es sich zwar nicht bei der allgemeinen Betreuung von ausländischen Arbeitskräften, wohl aber bei deren Information und Beratung um eine Staatsaufgabe gemäss Ausländergesetz (AuG) aus dem Jahre 2005 bzw. der VIntA aus dem Jahr 2007 handelt. Entsprechend wurde der erwähnte Kantonsratsbeschluss am 30. August 2007 geändert und eine gesetzliche Verpflichtung von Kanton und Gemeinden zur Unterstützung von gemeinnützigen Institutionen vorgesehen, die ausländische Arbeitskräfte mit geregelter Aufenthaltsstatus betreuen (im Sinn von Beratung und Information). Von dieser gesetzlichen Grundlage und damit von einer kantonalen und kommunalen Mitfinanzierung profitiert heute einzig der Verein für die Beratung für die ausländischen Arbeitnehmenden (VBA), welcher die FMZ führt.

Dieses Vorgehen zur Umsetzung von Staatsaufgaben ist in vielen Bereichen etabliert. Der Kanton Zug kennt rund 50 Leistungsvereinbarungen mit privaten Dritten, welche für den Kanton Staatsaufgaben übernehmen und ausführen. Die Vereinbarung bzw. die Zusammenarbeit mit

der FMZ dürfte jedoch eine der ältesten sein. Der Beizug von privaten Dritten zur Umsetzung einer Staatsaufgabe erfolgt immer dann, wenn dafür ein spezielles Knowhow nötig ist und dieses nicht innerhalb der Verwaltung aufgebaut werden soll. Dies ist auch bei der Information und Beratung von Ausländerinnen und Ausländern der Fall.

E. Situation in anderen Kantonen

Auch andere Kantone kennen das im Kanton Zug seit Jahrzehnten angewandte Modell der Information und Beratung von Ausländerinnen und Ausländern durch private Dritte im Auftrag des Kantons. Im Kanton Luzern gibt es die private Fachstelle «fabia» und im Kanton Schwyz die ebenfalls private Fachstelle «KomIn». Ein ähnliches Modell gibt es im Kanton Aargau mit der Fachstelle «Integration Arbeit», die neben dem Kanton auch von Gemeinden und Kirchen finanziert wird. Das Zuger Modell ist also keine Ausnahme, sondern in unserer Region eher die Regel.

Im Kanton Zürich wurde ein anderes Vorgehen gewählt, indem die Gemeinden die Information und Beratung von Ausländerinnen und Ausländern übernehmen. Sie haben dazu zwei Zentren in den Städten Zürich und Winterthur geschaffen, die Teil der jeweiligen Stadtverwaltung sind (Welcome Desk der Integrationsförderung der Stadt Zürich beim Präsidialdepartement, Fachstelle Integrationsförderung der Stadt Winterthur bei der Stadtentwicklung).

F. Organisation und Finanzierung

Die FMZ arbeitet als Einrichtung des erwähnten Vereins für die Beratung der ausländischen Arbeitnehmenden im Kanton Zug. Dieser Verein wurde im Jahr 1964 vom Kanton Zug, der Zuger Wirtschaft, den Ausländervereinen sowie von der Kirche gegründet. Ziel des Vereins war es damals, die sogenannten Saisoniers aus Italien und ihre Familien zu betreuen und zu beraten. Im Laufe der Jahre hat sich nicht nur die Zuger Wirtschaft und somit auch die Zusammensetzung der Zuger Bevölkerung geändert, sondern auch die weltpolitische Lage und die internationalen Vereinbarungen und Gesetze. Die Aufgaben der FMZ haben sich den durch diese Veränderung ergebenden Anforderungen angepasst und sie hat ihre Arbeitsbereiche entsprechend geändert. Sie beschränkt sich heute auf die Information und Beratung.

Der Verein hat für das Jahr 2017 ein Budget von 930 000 Franken. Die aktuelle Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Zug bzw. den Zuger Gemeinden und dem Trägerverein in der Höhe von je 230 000 Franken pro Jahr umfasst eine Laufzeit von 2014–2017. Soeben ist die neue Leistungsvereinbarung mit staatlichen Beiträgen von je 203 000 Franken pro Jahr mit einer Laufzeit von 2018–2021 abgeschlossen worden, wobei sich in der Vernehmlassung alle Gemeinden für eine weitere Mitfinanzierung positiv geäußert haben.

Die FMZ verfügt über einen zehnköpfigen Vorstand mit folgenden Vertretungen: Gemeinden, Kanton, Wirtschaft und Migrationsbevölkerung. Sie beschäftigt zurzeit elf Mitarbeitende mit einem Gesamtpensum von 450 Stellenprozenten, plus eine Praktikumsstelle (60–80 Prozent). Alle Mitarbeitenden verfügen über eine spezifische Ausbildung (die meisten mit Universitätsabschluss), sehr gute Sprachkenntnisse, eigene Migrationserfahrung, jahrelange Erfahrung mit Information und Beratung. Diese zeichnen sich folglich mit einem breiten Fachwissen aus und sie pflegen einen sehr guten, engen Kontakt zu den kantonalen Migrationsvereinen, den Verwaltungen, der Zuger Wirtschaft und anderen für die Integration zuständige Institutionen.

G. Inhalt der Leistungsvereinbarung der FMZ

Hauptaktivitäten im Auftrag des Kantons und der Gemeinden gemäss Leistungsvereinbarung sind:

1. Kurz- und Erstinformation für Neueinreisende:

Die von der kantonalen Fachstelle Integration erarbeitete Broschüre wird den rund 2500–3000 Neueinreisenden pro Jahr postalisch zugestellt. Zudem gibt es einen breiten und vielfältigen Internetauftritt, auf welche auch der Kanton auf seiner Homepage verweist.

2. Kurzberatungen am Welcome Desk:

Die Fachstelle erbringt rund 1500 Kurzberatungen pro Jahr am Welcome Desk an der Zeughausgasse 9 in Zug (persönlich, telefonisch oder per E-Mail). Die FMZ ist somit in der Rolle eines One-Stop-Shops, einer Erst-Anlaufstelle, die die Neueinreisenden sowohl kurz nach der Ankunft als auch später wieder aufsuchen können, wenn Fragen zum Leben, Arbeiten, Studieren oder Wohnen im Kanton Zug auftreten. Stellen die Welcome Desk Mitarbeitenden fest, dass ein Thema sehr komplex ist, wird ein Beratungstermin mit einer muttersprachigen Beraterin vereinbart.

3. Beratungsstelle:

Die FMZ bietet allen im Kanton Zug wohnhaften oder arbeitenden ausländischen Personen mit einem geregelten Aufenthaltsstatus (also keine Flüchtlinge) eine kompetente und professionelle Beratung zu rechtlichen und sozialen Fragen in zwölf verschiedenen Sprachen. Im Jahr 2016 fanden 1200 persönliche Beratungen in Muttersprache für knapp 700 ausländische Familien statt. Sie vermittelt die Ratsuchenden entweder direkt an die geeigneten Fachstellen weiter (wenn keine allzu grossen sprachlichen oder kulturellen Barrieren bestehen) oder berät sie in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen. Diese Beratungstätigkeit findet, wenn immer möglich, in der Muttersprache oder in einer gut bekannten Zweitsprache (Englisch, Französisch oder Deutsch) statt. Die Beratungsthemen sind zwar oft fachliche und rechtliche Änderungen (wie bilaterale Verträge, Steuerabkommen etc.), Sozialversicherungsfragen, Arbeitsrecht und Arbeitslosigkeit, finanzielle Anliegen und aufenthaltsrechtliche Fragen, komplexere und multiple Fragestellungen zu Erziehung, Konflikte innerhalb der Familie oder zum Schweizer Schulsystem. Die enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fachstellen hilft dabei, komplexe Fragen kompetent in der muttersprachigen Beratung zu beantworten.

4. Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit:

Die FMZ steht in engem Kontakt mit fast hundert Zuger Amtsstellen der Gemeinden und des Kantons, Fachstellen, Schulen, NGOs etc. Mitarbeitende der FMZ werden immer öfter von Vertretenden der Regelstruktur eingeladen, um in Workshops, Arbeitsgruppen und Gremien mitzuarbeiten, denn das Thema Migration macht nicht halt vor der Regelstruktur. So können die Mitarbeitenden der FMZ sowohl ihre eigenen wie auch ihre beruflichen Erfahrungen im Hinblick auf die Migrationsbevölkerung in diese Gruppen einbringen. Die FMZ wirkt somit seit Jahren als Drehscheibe für alle an Integrations- und Migrationsfragen interessierte Gruppen. Im Weiteren stehen die Mitarbeitenden der FMZ in regelmässigem Kontakt mit den Zuger Migrationsvereinen (im Jahr 2016 waren es 37 Vertreterinnen und Vertreter aus 27 Kultur- und Migrationsvereinen vom Kanton Zug).

Art. 2 Abs. 2 VIntA verlangt, dass die Integration in erster Linie über Regelstrukturen zu erfolgen hat, namentlich in den Bereichen Schule, Berufsbildung, Arbeitswelt, soziale Sicherheit und Gesundheitswesen. Genau in diesen Bereichen informiert und berät die FMZ. Der Zweck der Informationen und Beratung ist, für Ausländerinnen und Ausländer einen Zugang zu den schweizerischen Regelstrukturen zu ermöglichen. Dies mit Schwergewicht bei den ausländi-

schen Arbeitskräften und jenen Ausländerinnen und Ausländern, die zurzeit nicht arbeiten, aber Potenzial für den einheimischen Arbeitsmarkt haben.

Dabei erfolgt bewusst eine Hilfe zur Selbsthilfe, indem Zugang zu Regelstrukturen ermöglicht wird. Früher übernahm die FMZ auch klassische Betreuungsaufgaben, hat diese aber seit 2008 bewusst zugunsten von Information und Beratung aufgegeben.

H. Weitere Tätigkeiten der FMZ

Die FMZ erbringt weitere nicht über die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton und den Gemeinden erbrachte Aktivitäten:

- Dienstleistungen:
Gegen Bezahlung der Vollkosten können die Kundinnen und Kunden der FMZ gewisse Dienstleistungen erledigen lassen (z.B. Formulare ausfüllen, Briefe schreiben, Übersetzungen schriftlich und mündlich, Steuererklärungen ausfüllen etc.). Zu den Personen, die diese Dienstleistungen in Anspruch nehmen, gehören Kundinnen und Kunden der FMZ, Unternehmen, Sozialdienste des Kantons und der Gemeinden, KESB, Schulen, APD, Pro Infirmis, eff-Zett, Punkto Jugend und Kind etc. Für die Erteilung der Niederlassungsbewilligung brauchen die Migrantinnen und Migranten für das Amt für Migration (AfM) einen Goethe zertifizierten Sprachnachweis (A2/B1). Die FMZ bietet diesen Personen gegen Bezahlung die Möglichkeit, sich diesbezüglich prüfen zu lassen.
- Drittfinanzierte Integrationsveranstaltungen, Kurse, Seminare:
Die FMZ führt in enger Zusammenarbeit sowohl mit den Migrationsvereinen als auch mit den Fachverantwortlichen aus der Regelstruktur etliche Kurse und Seminare durch, z.B. «1 Stunde für...» und «Schul- und Berufswahl» finden in allen zwölf Beratungssprachen statt. Jährlich werden so über 300 Personen erreicht. Die interkulturelle Schulung «Grüezi Switzerland» erleichtert das Einleben im Kanton Zug, indem die Neueinreisenden wichtige und ungeschriebene Hintergrundinformationen über die Schweizer Eigenheiten erfahren (jährlich werden etwa 50 Personen erreicht). Das Seminar «Back to work» mit Fachreferenten aus der Verwaltung und Wirtschaft soll qualifizierten, englischsprechenden Ehepartnern den Berufseinstieg in Zug erleichtern. Weitere Projekte sind: Mentoringprojekt von freiwilligen und unterstützungsbedürftigen Migrantinnen und Migranten, Koordination der subventionierten Deutschkurse in den Gemeinden, Lotsen-Projekt (Willkommensprojekt für Neueinreisende und Zuger, zurzeit in Planung), Fest der Nationen.

I. Öffentliches Interesse

Die Interessenslage dieser FMZ-Dienstleistungen bezogen auf Behörden, Gesamtbevölkerung und Wirtschaft ist nach Auffassung des Regierungsrats die Folgende:

Die professionelle Beratung der immer wieder in grosser Zahl neu aus dem Ausland einreisenden Personen, bereits länger hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie der einheimischen Bevölkerung gewinnt an zusätzlicher Bedeutung mit Blick auf die konstant hohe Zahl von jährlich neueinreisenden Personen aus dem Ausland und die stetig wachsende Migrationsbevölkerung im Kanton Zug. Nur mit einer frühen und kompetenten Information der Zuwandernden kann auch weiterhin sichergestellt werden, dass im Kanton Zug Einheimische und Zugewanderte harmonisch miteinander leben.

Die Wohlfahrt der Gesellschaft hängt zu einem grossen Teil von der Zufriedenheit der einheimischen und zugezogenen Bevölkerung ab. Sobald es Reibungen zwischen diesen Gruppen gibt oder auch wenn beide Gruppen nicht miteinander, sondern bloss nebeneinander leben (Parallelgesellschaften), ist diese Wohlfahrt in Gefahr.

Die FMZ leistet mit ihrer Beratungs- und Informationsdienstleistung einen wichtigen Beitrag, damit dieses Zusammenleben weiterhin so unproblematisch verläuft wie bis anhin. Sie informiert die Ratsuchenden über ihre Pflichten (Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung), ihre Rechte (Arbeits-, Miet-, Aufenthalts- und Sozialversicherungsrecht) und über die Relevanz der Eigenverantwortung (u.a. Motivation zum Deutschlernen, Teilhabe am Wirtschaftsleben). Die FMZ wird oft auch von einheimischen Personen angefragt, wenn sich im Umgang mit ausländischen Personen (sei es in der Nachbarschaft, der eigenen Familie etc.) offene Fragen ergeben oder wenn sich auf Grund von interkulturellen Unterschieden Missverständnisse oder Schwierigkeiten ergeben.

Der Kanton Zug hat sich u.a. auf seiner Webseite dazu bekannt, eine Willkommenskultur zu pflegen. Die FMZ trägt mit ihren Dienstleistungen den Teil dazu bei, dass die Migrantinnen und Migranten nicht nur als Arbeitskräfte wahrgenommen werden, sondern als Teil der Gesellschaft und am gesellschaftlichen Leben in ihrer Gemeinde wie auch im Wohnkanton aktiv teilnehmen.

Die öffentliche Hand, d.h. die Kantonsverwaltung und die elf Zuger Gemeindeverwaltungen, beschäftigen sich täglich mit unzähligen Anfragen von fremdsprachigen Personen. Sprachliche und/oder kulturelle Missverständnisse führen oft zu zeit- und kostspieligen Situationen, die entweder mit Hilfe eines externen Dolmetscherdienstes weiterbehandelt werden müssen oder die in grösseren Schwierigkeiten enden können. Dies kostet die Behörden nicht nur viel Zeit und Personalressourcen, sondern oft auch entsprechend viel Geld (Sozialhilfebezug, Arbeitslosengeld etc.). Durch eine frühzeitige, kompetente und muttersprachige Beratung können Schwierigkeiten schon beseitigt werden, bevor sie bei der öffentlichen Hand relevant werden. Auch bereits bestehende, komplexe Situationen können mittels einer interkulturellen Beratung gemeinsam mit den Fachpersonen der Verwaltung und dem Ratsuchenden rasch und zielorientiert gelöst werden. Die FMZ ist auch Ansprechstelle für Mitarbeitende der Verwaltung, Fachstellen oder anderen NGOs sowie für Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende etc. bei migrationspezifischen Fragen und Herausforderungen.

Zug als internationaler Wirtschaftsstandort beschäftigt viele ausländische Arbeitnehmende, die oft mit ihren Familien nach Zug ziehen. Doch die FMZ ist nicht nur Ansprechstelle der Neueinreisenden und deren Familien, sondern unterstützt indirekt auch die Zuger Unternehmen mit diversen Kursen dabei, dass sich ihre neuen Mitarbeitenden schneller in Zug zu Hause fühlen (Grüezi Switzerland, Back to work). Der Welcome Desk, die herkunftssprachigen Beratungen sowie zahlreiche Informationsveranstaltungen unterstützen auch die im Familiennachzug eingereisten Ehepartner bei der Integration am neuen Wohnort. Sei es beim eigenen (Wieder-)Einstieg in das Berufsleben, Informationen über das Bildungssystem für die Kinder, Seminare zu Gesundheitsthemen etc. Wenn die Familie sich am neuen Wohnort wohl und sicher fühlt, bleiben die neuzugezogenen Arbeitnehmenden den Unternehmen länger erhalten. Die FMZ ist auch Ansprechperson für Personalverantwortliche vieler Unternehmen, die Fragen zu interkulturellen Eigenheiten ihrer Angestellten haben oder eigene Module für ihre ausländischen Mitarbeitenden anbieten wollen.

J. Finanzielle Auswirkungen

Die Motionärin begründet ihren Vorstoss vor allem mit finanziellen Aspekten, indem sie der Auffassung ist, dass ein Spareffekt eintreten würde, wenn der erwähnte Kantonsratsbeschluss aufgehoben wird. Es trifft zu, dass ab 2018 bei einer Aufhebung des Beschlusses Kanton und Gemeinden kurzfristig pro Jahr je 203 000 Franken einsparen würden. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass vermehrt ausländische Nachfragerinnen und Nachfrager bei den kantonalen und gemeindlichen Verwaltungen vorstellig werden. Diese müssen, gestützt auf Art. 56 AuG, professionell informiert werden. Nachdem heute keine direkten Anlauf-, Informations- oder Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten bei der öffentlichen Hand vorhanden sind, müsste eine neue Dienstleistung inkl. das dafür nötige Personal angeboten werden. Dies dürfte mindestens ebenso viel kosten, wie eingespart wird, wenn man nicht in Kauf nimmt, dass sich die Dienstleistung gegenüber der Migrationsbevölkerung, Arbeitgebenden und öffentlichen Verwaltungen markant verschlechtert. Wäre dies der Fall, würde der Zugang zu Regelstrukturen für Ausländerinnen und Ausländer erschwert, was der bundesrechtlichen Vorgabe zuwiderlaufen würde und was es zu vermeiden gilt.

K. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen:

Die Motion der SVP-Fraktion (Vorlage Nr. 2760.1 - 15466) sei nicht erheblich zu erklären.

Zug, 12. September 2017

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Die Frau Landammann: Manuela Weichelt-Picard

Der Landschreiber: Tobias Moser